



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe VIII/2013 – 29.04.2013)

**Liebe Leserinnen und Leser,**

die schwarz-gelbe Koalition hat vergangenen Donnerstag im Plenum des Deutschen Bundestages unseren SPD-Antrag abgelehnt, mit dem wir einen eigenen NPD-Verbotsantrag des Bundestages beim Bundesverfassungsgericht erreichen wollten. Für uns ist das ein Schlag ins Gesicht der vielen Opfer der NPD. Wir sind überzeugt: Die Beweislage reicht für ein Verbot dieser menschenverachtenden Partei. Die Ja-Nein-Haltung der Koalition ist unerträglich.

Der alles beherrschende Name der vergangenen Woche war Uli Hoeneß. Die Kanzlerin gibt sich zwar „enttäuscht“, fällt aber ansonsten durch Schweigen zur Sache auf. Keine Regierungserklärung, nichts. Bei einem so wichtigen Thema darf man schon verlangen, dass die Bundeskanzlerin sich den Menschen gegenüber erklärt. Auch der sonst so präzise Horst Seehofer hält sich bei diesem Thema auffällig zurück. Beide spüren offenbar, dass sich der Wind dreht, dass die Menschen ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden haben und kein Verständnis für Steuerhinterzieher. Dazu kommt, dass sich laut Landesrechnungshof gerade in Bayern Steuerhinterzieher offenbar ziemlich lange ziemlich sicher fühlen konnten, da es u.a. zu wenige Steuerfahnder gibt. Dabei ist klar: Wer Steuern hinterzieht, betrügt die Gesellschaft und schadet letztlich allen. Würden alle Bürgerinnen und Bürger ordnungsgemäß ihre Steuern zahlen, könnten auch die Steuern für alle gesenkt werden. Wir von der SPD-Bundestagsfraktion werden Steuerhinterziehung mit aller Macht bekämpfen. Einen Maßnahmenkatalog haben wir vorgelegt. Vor allem muss man sich bewusst machen: Steuerhinterzieher sind keine „Sünder“, wie die Koalition gern formuliert, sondern Kriminelle!

Weitere wichtige Themen in der vergangenen Sitzungswoche waren der SPD-Antrag „Deutschland 2020 – Gerecht und Solidarisch“, unser SPD-Antrag zu den notwendigen politischen Konsequenzen aus der Armuts- und Reichtumsberichterstattung sowie das Thema Abgeordnetenbestechung: Vor mehr als einem Jahr hat unsere Fraktion einen Gesetzentwurf zur Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung eingebracht. Seither verhindern

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe VIII/2013 – 29.04.2013)

die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP die abschließende Beratung im Rechtsausschuss durch stetige Vertagung.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



### **IMPRESSUM**

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB  
REDAKTION: MANUEL REIß, LIS WEY  
PLATZ DER REPUBLIK 1,  
11011 BERLIN  
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

### **Inhaltsverzeichnis**

Seite

- 03 [Topthema: NPD-Verbotsantrag abgelehnt](#)
- 05 [Finanzen: Steuerhinterziehung ist Oberschichtenkriminalität](#)
- 07 [Soziales: Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft](#)
- 09 [Soziales: Konsequenzen aus Armuts- und Reichtumsbericht ziehen](#)
- 11 [Recht: Bestechung von Abgeordneten muss strafbar sein](#)

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe VIII/2013 – 29.04.2013)

### TOP-THEMA

#### **NPD-Verbotsantrag abgelehnt**

Auf Initiative unserer SPD stimmten die Fraktionen über einen NPD-Verbotsantrag ab. Das Ergebnis zeigt, dass die Koalitionsfraktionen keine Courage für eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht haben. "Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung", das sagte 2004 der verstorbene ehemalige Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag Uwe Leichsenring in der Frankfurter Allgemeine Zeitung. Die Begründung für ein Verbot der Partei gab er damit selbst. An Donnerstag wurde von der SPD der „Antrag auf Entscheidung des Deutschen Bundestag über die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD“ (Drucksache 17/13227) in das Parlament eingebracht. Unsere SPD-Bundestagsfraktion plädiert dafür, dass alle Verfassungsorgane geschlossen hinter einem Verbotsantrag stehen sollen – neben dem Bundesrat auch die Fraktionen des Bundestags. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist verfassungsfeindlich. Die Beweise befinden sich in einer 1000 Seiten starken „Materialsammlung für ein mögliches Verbotsverfahren“ sowie des "Berichts zur Prüfung der Erfolgsaussichten eines neuen NPD-Verbotsverfahrens" (Stand: 09.11.2012) der Bund-Länder-Arbeitsgruppe.

#### **Rassismus mit Steuergeldern finanziert**

Im Dezember beschloss der Bundesrat, einen Verbotsantrag der rechtsextremistischen Partei NPD beim Bundesverfassungsgericht zu stellen. Kurz darauf entschied die Bundesregierung, keinen eigenen Vorstoß für ein NPD-Verbot riskieren zu wollen. Man sei sich über die Erfolgsaussichten unklar. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) begründete die Zurückhaltung seiner Partei damit, dass man „Dummheit nicht verbieten“ könne. Für den niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius (SPD) ist es „schwer, bei der NPD von Dummheit zu sprechen“, die man nicht verbieten könne. Er sagte am Donnerstag vor dem Deutschen Bundestag: „Wenn die Klugen immer nur nachgeben, dann gewinnen am Ende die Dummen.“ Er kenne kein gerichtliches Verfahren, bei dem man vorher zu 100 Prozent sicher sein könne, dass man es gewinnt.

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe VIII/2013 – 29.04.2013)

Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, stellte klar: „Die NPD ist antidemokratisch, antisemitisch, rassistisch und in Teilen gewaltbereit.“ Er findet es „unerträglich“, dass solche verfassungsfeindlichen Parteien mit Steuergeldern finanziert werden, wie er im Plenum sagte. Die NPD bekam 2012 rund 1,4 Millionen Euro von den deutschen Steuerzahlerinnen und -zahlern. Auch Staatsbürger mit Migrationshintergrund finanzieren eine verfassungsfeindliche Partei, während auf der Homepage der NPD steht: „Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (eines BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind.“ Der NPD-Verbotsantrag ist für Boris Pistorius nicht nur ein politisches, sondern auch ein moralisches Signal an die Zivilgesellschaft. „Die NPD bekämpft die freiheitlich-demokratische Grundordnung und vor allem die Menschenrechte. Sie möchten Menschen mit anderer Hautfarbe oder Religion aus Deutschland vertreiben,“ sagte Oppermann und fügte hinzu, dass Demokratie stark genug sein mag, solchen verfassungsfeindlichen Parteien standzuhalten, „die Opfer sind es nicht“.

Von unserer SPD-Seite heißt es, dass die NPD nicht allein von zivilgesellschaftlichen Organisationen bekämpft werden kann. Ein demokratischer Rechtsstaat müsse mit allen verfügbaren Mittel für ein Verbot eintreten, um einer Partei Einhalt zu gebieten, die sich mit gewaltbereiten Gruppen umgibt. Die Gefahren, die solch organisiertes Potenzial birgt, wurden am Fall „NSU“ deutlich. Viele NPD-Funktionäre kommen zudem aus neonazistischen Organisationen wie dem „Thüringer Heimatschutz“, der „Nationalistischen Front“ oder den „Skinheads Sächsische Schweiz“ – so auch viele Mitglieder des Bundesvorstands. Boris Pistorius appellierte an die Abgeordneten im Bundestag, für einen NPD-Verbotsantrag zu stimmen, denn „wir schulden es den Opfern rechtsextremistischer Gewalt“. Die Abstimmung brachte folgendes Ergebnis: Von 577 anwesenden Abgeordneten waren nur 211 dafür, 40 enthielten sich. Die Fraktion der Grünen hatte bereits im Vorfeld angekündigt, sich zu enthalten. Die Union gebe ein klägliches Bild der Unentschlossenheit ab, hatte Thomas Oppermann bereits am Mittwoch vor der Hauptstadtpresse gesagt.

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe VIII/2013 – 29.04.2013)

### FINANZEN

#### **Steuerhinterziehung ist Oberschichtenkriminalität**

Der Fall Hoeneß hat die Debatte über Steuerhinterziehung noch stärker ins öffentliche Bewusstsein eingebracht. Fakt ist: Steuern zu bezahlen, ist eine gesetzliche Pflicht für jeden Bürger, jede Bürgerin der Bundesrepublik. Steuerhinterziehung ist kriminell. Vermögende dürfen nicht durch Steueroasen oder Schlupflöcher privilegiert werden, auch sie profitieren von Kindergärten, Schulen und einer modernen Infrastruktur. Steuerhinterziehung „ist eine spezifische Form der Oberschichtenkriminalität“, sagte Thomas Oppermann.

„Man kann kein Abkommen unterschreiben, in dem steht, dass deutsche Steuerbehörden aufhören sollen, zu ermitteln“, sagte der Finanzexperte Carsten Sieling zum gescheiterten Steuerabkommen mit der Schweiz. Das wurde bereits im Oktober vom Bundesrat abgelehnt. Die Bundesregierung um Finanzminister Schäuble (CDU) hatte im vergangenen Jahr in geheimen Sitzungen einen Vertrag mit der Schweiz ausgehandelt, der die Besteuerung des Kapitalverkehrs der beiden Länder gesetzlich festhalten sollte. In dem Abkommen wurde vereinbart, das von 2013 an die Kapitalerträge deutscher Bundesbürger der letzten zehn Jahre mit 21 bis 41 Prozent besteuert würden. Die Betroffenen wären anonym geblieben und Steuerbetrüger wären quasi ungeschoren davon gekommen, ihre Taten legalisiert worden. Das halten wir Sozialdemokraten für nicht gerecht. „Was dabei herauskam, muss für Steuerkriminelle mit schlechtem Gewissen wie ein Heilsversprechen gewirkt haben,“ konnte man auf [sueddeutsche.de](http://sueddeutsche.de) zum Steuerabkommen lesen. Von der Opposition hieß es damals, dass es nicht angehe, Steuerbetrüger nachträglich zu belohnen. Joachim Englisch, Professor für Steuerrecht an der Universität Münster, sagte in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau: „Ich halte das Abkommen für eine verfassungsrechtlich bedenkliche Privilegierung einer Gruppe zum Teil sehr vermögender Personen, die ihr Kapital in der Schweiz angelegt haben.“ An diesem Mittwoch sprach unser SPD-Fraktionsvize Florian Pronold dazu im Plenum und konstatierte, dass jeder Arbeitnehmer jeden Monat eine Steuererklärung abgeben muss; die Millionäre, die ihr Geld in Steueroasen schaffen, bekommen Fürsorge von Schwarz-Gelb.

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe VIII/2013 – 29.04.2013)

Der Präsident des FC Bayern Uli Hoeneß hat zugegeben, dass er sich selbst angezeigt habe, weil das Steuerabkommen nicht durchkam. Jetzt hat er von der Selbstanzeige Gebrauch gemacht, ob sie in seinem Fall strafbefreiend ist, klären nun die Behörden. Das ist ein Fall von 47.400 Fällen seit 2010. Thomas Oppermann sagte vor der Berliner Presse am Mittwoch dazu, dass die Öffentlichkeit ohne die Anzeige wohl niemals von dem Steuerfall Hoeneß erfahren hätten. Die SPD werde an dem Ausbau einer effizienten Steuerfahndung arbeiten. Selbstanzeige sei für den Moment akzeptabel, bis die nötige Umstrukturierung greift. Dazu gehören die Internationalisierung der Steuerfahndung und der automatische Informationsaustausch nationaler und internationaler Behörden. Banken, die mit Steuerbetrügern zusammenarbeiten, müsse man die Lizenz entziehen, erklärte Oppermann. „Mann muss Steuerhinterziehung verfolgen, weil sonst das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat verloren geht.“

Unser SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sagte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters, es gehe bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung um eine sehr prinzipielle Frage. „Es ist keine Steilvorlage für die SPD, sondern es ist ein Beispiel dafür, dass wir in Deutschland nicht wirklich fair umgehen mit den Menschen“, sagte Steinmeier. „Die Menschen haben in Deutschland ohnehin den Verdacht, dass die Kleinen herangezogen werden und dass die Großen immer wieder Auswege finden.“ Peer Steinbrück formulierte am Donnerstag im Plenum: „Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine erfolgreiche Gesellschaft.“

*Zum deutsch-schweizerischen Steuerabkommen und der Ablehnung durch SPD und Grüne finden Sie hier den Liebe-Freunde-Brief vom stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß: <http://www.spdfraktion.de/themen/warum-die-spd-das-steuerabkommen-abgelehnt-hat>*



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe VIII/2013 – 29.04.2013)

### SOZIALES

#### **Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft**

Peer Steinbrück machte in seiner Rede zur Lohn- und Sozialpolitik im Bundestag am Donnerstag deutlich, dass „die industriellen Fertigkeiten, die Wettbewerbsfähigkeit, ein starker Mittelstand mit einem besonderen unternehmerischen Ethos, eine sehr gute Forschungslandschaft, die duale Ausbildung und die Sozialpartnerschaft“ Deutschland stark gemacht hätten. Aber für Deutschlands Stärke stünden noch mehr „das Aufstiegsversprechen an alle tüchtigen und fleißigen Bürgerinnen und Bürger, die Chance auf einen besseren Bildungsabschluss, als ihn die Eltern gehabt hätten, die faire Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg oder intakte Kommunen, die Bildung, Sport, Kultur, Sicherheit und Kinderbetreuung als Leistungen für all diejenigen bereit stellen, die es sich privat nicht leisten können“. Für Steinbrück zählten auch der Sinn für Maß und Mitte, für Anstand und Fairness. Die soziale Marktwirtschaft könne nur durch den sozialen Ausgleich existieren. Auch heute sei Deutschland stark, aber nicht alle könnten daran teilhaben.

Heute arbeiten 6,8 Millionen Menschen in Deutschland für einen Stundenlohn von unter 8,50 Euro. 1,4 Millionen von ihnen verdienen weniger als fünf Euro in der Stunde. Fast 1,5 Millionen Menschen im Alter von 25 bis 35 Jahren haben keinen Schul- und keinen Berufsabschluss. 71 von 100 Akademikerkindern besuchen die Hochschule. Aus Arbeiterfamilien sind es nur 24 von 100 Kindern. Und Frauen verdienen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als Männer für die gleiche Arbeit. Es gebe nicht nur das Unverständnis der Bürgerinnen und Bürger darüber, dass ihre persönliche Leistung weniger wichtig und weniger wert sei, sondern auch Engpässe bei der Finanzierung öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge, führte Steinbrück aus. Und es gebe gleichzeitig unverhältnismäßige Boni, die keinen Leistungsbezug hätten. Es gebe gefälschte Doktorarbeiten, Lobbygesetze und einen lässlichen Umgang mit Steuerbetrug. All dies, warf Steinbrück der Bundesregierung vor, trete die Werte Anstand, Ehrlichkeit und Fairness mit Füßen.

Peer Steinbrück forderte die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, eine angemessene Ausstattung von Kommunen sowie

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe VIII/2013 – 29.04.2013)

den Ausbau von Kinderbetreuung anstatt eines Betreuungsgeldes. Alldem liege aus seiner und aus Sicht der SPD die Idee zugrunde, wie das Miteinander in unserer Gesellschaft und gesellschaftliche Teilhabe zu organisieren seien und wie für Gleichberechtigung in einem modernen Deutschland gesorgt werden könne. „Es ist die Idee von einer Gesellschaft, die Leistung honoriert, die gegen die großen Lebensrisiken wie Krankheit, Altersarmut und Arbeitslosigkeit absichert, aber die allen Menschen eine zweite und vielleicht auch eine dritte Chance gibt“, sagte Steinbrück.

### **SPD-Antrag: Deutschland 2020 – Gerecht und solidarisch**

Anlass für die Debatte waren die erste Lesung des Gesetzentwurfs des Bundesrates zur Festsetzung des Mindestlohns sowie der Antrag der SPD-Antrag „Deutschland 2020 – Gerecht und Solidarisch“ (Drucksache 17/13226) sowie weitere Anträge der Oppositionsparteien. Wir von der SPD-Fraktion haben das Ziel, dass Deutschland bis zum Jahr 2020 eine gerechtere und solidarische Gesellschaft wird. Dazu haben wir mit unserem Antrag einen umfassenden Katalog von miteinander verbundenen Maßnahmen vorgelegt. Zu den Forderungen gehören ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt für gute Arbeit und faire Löhne sowie neue Regeln für Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs. Zudem soll die Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf und Familie durch gleiche Bezahlung, das Recht auf befristete Teilzeit und ein Rückkehrrecht in Vollzeitarbeit, ein geschlechtergerechtes Steuersystem und mehr Frauen in Führungspositionen erreicht werden. Ebenso sollen die Teilhabechancen für Menschen mit Behinderung verbessert werden. Ein solidarisches Miteinander der Generationen ist ein weiteres Ziel. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen steht dabei ebenso im Fokus wie der Bedarf älterer Menschen. Auch die Kommunen und Regionen müssen in ihrer Entwicklung besser unterstützt werden und brauchen verlässliche Finanzen. Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt soll wieder für alle möglich sein. Bei allen Zielen und Maßnahmen orientiert sich unsere SPD-Fraktion am Leitbild der Nachhaltigkeit.





## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe VIII/2013 – 29.04.2013)

### SOZIALES

#### **Konsequenzen aus Armuts- und Reichtumsbericht ziehen**

Die Bundesregierung ist seit den Bundestagsbeschlüssen vom Januar 2000 und Oktober 2001 verpflichtet, jeweils zur Mitte der Legislaturperiode einen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Diese Berichterstattung muss die Ursachen von Armut und Reichtum darlegen. Sie ist Voraussetzung, um gesellschaftlichen Wohlstand gerecht zu verteilen und damit Armut zu beseitigen. Zum 4. Armuts- und Reichtumsbericht haben wir von der SPD-Fraktion unseren umfangreichen Antrag „Die notwendigen politischen Konsequenzen aus der Armuts- und Reichtumsberichterstattung ziehen“ (Drucksache 17/13102) in den Bundestag eingebracht, der am 26. April im Plenum diskutiert wurde.

Der Bericht, den die schwarz-gelbe Bundesregierung zu verantworten hat, enthält methodische und politische Defizite. So war der Bundesregierung eine geschönte Präsentation der sozialen Verhältnisse wichtiger als mit einer nüchternen Analyse, die notwendigen Voraussetzungen und zielgenauen Handlungsoptionen für ein Umsteuern in der Verteilungsfrage hin zu einem gerechteren und sozialen Ausgleich vorzulegen. Die Bundesregierung hatte die Zusammenarbeit mit dem Beraterkreis zum Armuts- und Reichtumsbericht auf ein absolutes Minimum beschränkt. Den Termin für die eigene Beschlussfassung hatte die Bundesregierung monatelang verschoben, ohne die Kritik und Verbesserungsvorschläge von Sozialverbänden und Gewerkschaften zu integrieren. Im Ergebnis sind die verwendeten Indikatoren daher nicht ausreichend für eine sachgerechte Berichterstattung. Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht ignoriert darüber hinaus die Ursachen der gesellschaftlichen Spaltung.

Die SPD-Fraktion kommt zu der Schlussfolgerung, dass mehr Verteilungsgerechtigkeit nur möglich sei, wenn über die Progression in der Einkommenssteuer hinaus der immense private Reichtum für die nachhaltige Finanzierung herangezogen werde. Die Bundesregierung will jedoch nur prüfen, wie „freiwilliges Engagement“ von Vermögenden „für das Gemeinwohl eingeworben werden kann“. Doch mit Spenden, heißt es im SPD-Antrag, sei kein Staat zu machen. Er finanziere sich über Steuern. Der Verzicht auf eine gerechte

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe VIII/2013 – 29.04.2013)

Steuerpolitik sei eine politische Bankrotterklärung, wodurch der private Reichtum weiterhin privilegiert werde.

In unserem Antrag fordern wir von der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, bei künftigen Armuts- und Reichtumsberichten einen Beraterkreis einzubinden, Indikatoren zu verbessern und die Berichterstattung auszuweiten. Als Antwort auf den 4. Armuts- und Reichtumsberichts, die Kommentierung durch den Beraterkreis sowie die Ergebnisse seiner öffentlichen Diskussion soll die Bundesregierung geeignete politische Instrumente zur Vermeidung und Beseitigung von Armut, zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verminderung von Polarisierungen zwischen Arm und Reich vorlegen. Die SPD-Fraktion nennt einen umfangreichen Forderungskatalog aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Steuerpolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik sowie Bildung, der mit einzubeziehen sei.

Dazu gehören z. B.: die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns, die Begrenzung von Leiharbeit u. a. durch gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen befristeten Beschäftigung, die Neuregelung der Minijobs, eine umverteilende Steuerpolitik durch stärkere Besteuerung großer Vermögen, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erträge aus der Erbschaftssteuer, die Reform des Ehegattensplittings zu einer Individualbesteuerung mit gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen (ausgenommen sind bestehende Ehen), die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Ausweitung der Gewerbesteuer, die Einführung einer Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung, einer Weiterentwicklung der Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung und der Arbeitslosen- zu einer Arbeitsversicherung, eine bedarfsgerechte Festsetzung der existenzsichernden Leistungen, die Reform des Kindergeldes und Abschaffung des Betreuungsgeldes, die Entlastung privater Haushalte von Energiekosten, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Investitionen in frühkindliche Bildung, ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsbetreuungsangeboten und Ganztagschulen, die Förderung inklusiver Bildung, Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Studium und ein angemessenes BAföG, ein individueller Rechtsanspruch auf berufliche Qualifikation und Weiterbildung bei finanzieller

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe VIII/2013 – 29.04.2013)

Beteiligung der Betriebe sowie eine Reform des Bildungs- und Teilhabepakets, die dafür sorgt, dass der verfassungsrechtlich garantierte Teilhabeanspruch auch tatsächlich umgesetzt wird.

### RECHTSPOLITIK

#### **Bestechung von Abgeordneten muss auch in Deutschland strafbar sein**

Vor mehr als einem Jahr hat die SPD-Fraktion den Gesetzentwurf zur Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung (Drucksache 17/8613) in den Bundestag eingebracht. Die Anhörung des Rechtsausschusses hat im Oktober 2012 stattgefunden. Seither verhindern die Koalitionsfraktionen die abschließende Beratung im Rechtsausschuss durch stetige Vertagung. Die Koalition entzieht sich der Diskussion um die Notwendigkeit einer strafrechtlichen Regelung sehenden Auges, dass die Bundesrepublik mit jedem Monat international an Ansehen verliert. Seitens der international tätigen deutschen Unternehmen wird eine gesetzliche Regelung der Abgeordnetenbestechung mit Hinweis auf die schlechte Reputation Deutschlands deshalb auch immer vehementer eingefordert.

Die von der Union gerne reklamierten verfassungsrechtlichen Bedenken sind an den Haaren herbeigezogen. Von den Unterzeichnern des UN-Antikorruptions-Übereinkommens aus dem Jahr 2003 haben mittlerweile 165 Vertragsstaaten das Abkommen ratifiziert. Nicht umgesetzt haben das Abkommen Syrien, Sudan, Saudi-Arabien, Nordkorea – und bedauerlicherweise die Bundesrepublik Deutschland. Keine gute Gesellschaft, in der wir uns befinden. Da die Vogel-Strauß-Politik der Koalition langsam unerträglich wird, haben wir am Freitag eine GO-Debatte geführt.

Parallel dazu hat der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Burkhard Lischka mit dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses Siegfried Kauder und den Berichterstattern der Fraktionen von den Grünen und Linken einen Vorschlag für eine fraktionsübergreifende Initiative zur Regelung der Abgeordnetenbestechung erarbeitet. Der Entwurf wird zumindest von der Fraktionsspitze der Union nicht mitgetragen. Vor dem Hintergrund zunehmenden internationalen Drucks bleibt zu hoffen, dass sich einzelne

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe VIII/2013 – 29.04.2013)

Abgeordnete der Union der Initiative anschließen. Wir sollten die Chance zu einer gesetzlichen Regelung noch in dieser Legislaturperiode nicht ungenutzt lassen. Alles andere schadet dem Ansehen Deutschlands in der Welt.

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)